SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demografische Alterung und Politische Machtverhältnisse

Stadtmüller, Sven

Erstveröffentlichung / Primary Publication
Kurzbericht / abridged report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Stadtmüller, S. (2014). *Demografische Alterung und Politische Machtverhältnisse.* (FZDW-Kurzberichte, 1). Frankfurt am Main: Frankfurt University of Applied Sciences, Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW). https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66912-9

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

2014

FZDW-KURZBERICHTE [NO. 1]

FORSCHUNGSZENTRUM
DEMOGRAFISCHER
WANDEL (FZDW)

DEMOGRAFISCHE ALTERUNG UND POLITISCHE MACHTVERHÄLTNISSE

SVEN STADTMÜLLER

Verfasst von:

Sven Stadtmüller

Zitationsvorschlag:

Stadtmüller, S. (2014). Demografische Alterung und Politische Machtverhältnisse. *FZDW-Kurzberichte, 1*.

Keywords:

Konservatismus, SOEP, Kohortenstudie, Parteipräferenz, Parteibindung

Kontakt:

Frankfurt University of Applied Sciences

Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW)

Nibelungenplatz 1

60318 Frankfurt am Main

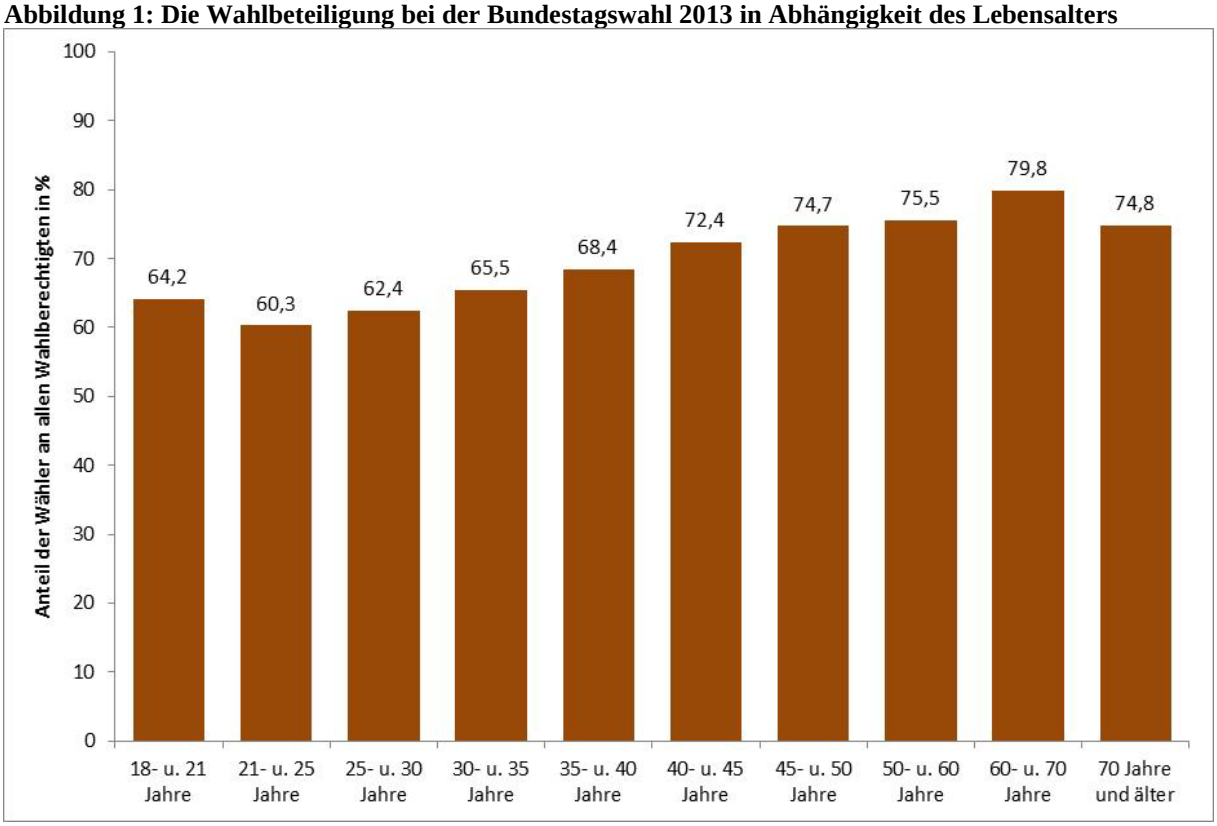
E-Mail: info@fzdw.de

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung 4.0 International zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/ oder wenden Sie sich brieflich an Creative Commons, Postfach 1866, Mountain View, California, 94042, USA.

Hintergrund

„Ältere Wähler beeinflussen immer stärker den Wahlausgang“ lautete jüngst der Titel einer Pressemitteilung des Bundeswahlleiters zu den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2013.[1] Demnach stellen Wahlberechtigte ab 60 Jahren mittlerweile nicht nur ein gutes Drittel aller potentiellen Wähler dar. Sie beteiligen sich auch noch überdurchschnittlich häufig an der Wahl. Beispielhaft hierfür steht die Wahlbeteiligungsrate in der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen, die mit 79,8 Prozent den mit Abstand höchsten Wert annimmt. Zum Vergleich: In jener Altersgruppe mit der geringsten Wahlbeteiligung (die 21- bis unter 25-Jährigen) gaben bei der Bundestagswahl 2013 nur etwa sechs von zehn Personen (60,3 Prozent) ihre Stimme ab (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in Abhängigkeit des Lebensalters



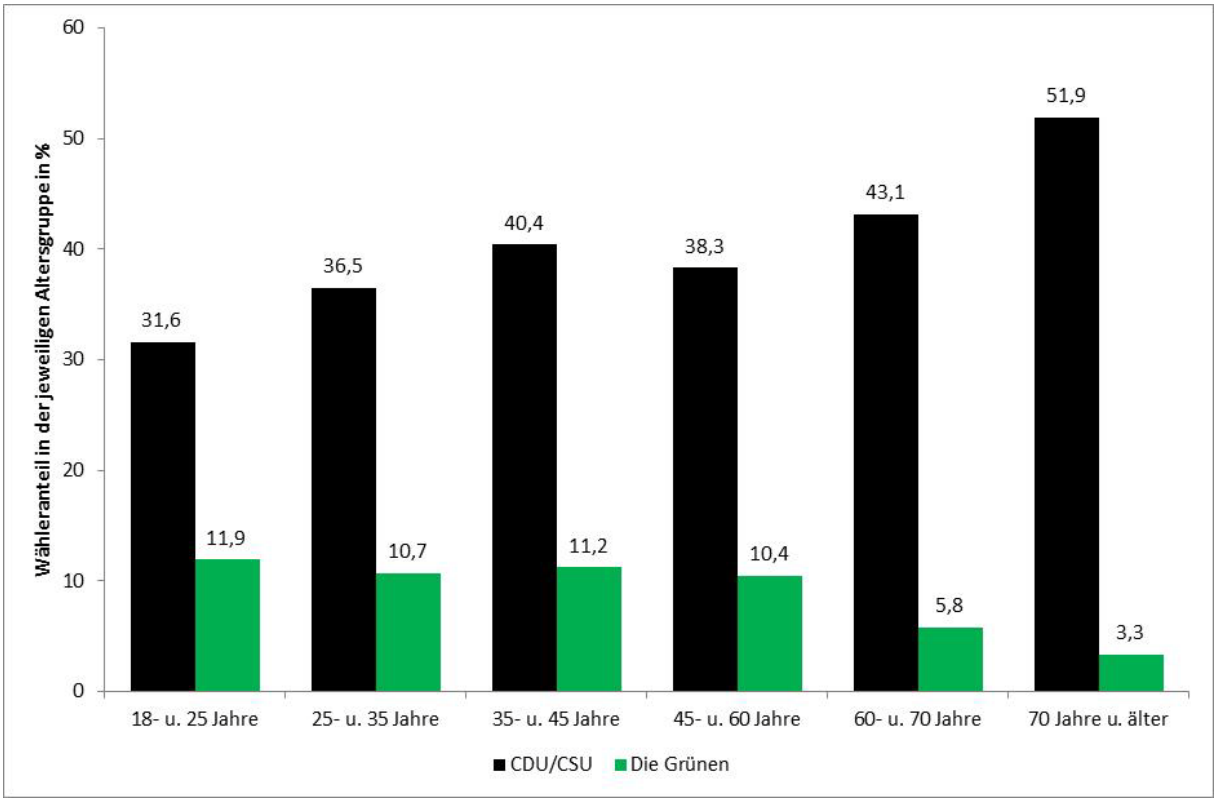
Der Bundeswahlleiter (2014): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen (online abrufbar unter www. bundeswahlleiter.de); eigene Darstellung.

Sobald in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in die Lebensphase Alter eintreten, wird das Elektorat nochmals spürbar altern. Für die künftigen politischen Machtverhältnisse ist dies jedoch nahezu unbedeutend, sofern sich das Stimmverhalten zwischen jüngeren und älteren Menschen nicht unterscheidet. Genau das aber tut es. So sind in Abbil-

[1] Online abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/01/PD14_031_141.html.

dung 2 die Zweitstimmenanteile der Union und die der Grünen in verschiedenen Altersgruppen kontrastiert. Klar ersichtlich ist, dass mit zunehmendem Lebensalter der Wähler die Anteile von CDU/CSU ansteigen. Die Grünen schneiden hingegen besonders in den ältesten Altersgruppen sehr schlecht ab. Von den über 70-jährigen Wählern wählt bspw. mehr als jeder Zweite (51,9 Prozent) die Union, während die Grünen in dieser Altersgruppe deutlich unter fünf Prozent bleiben (3,3 Prozent). Der Abstand beider Parteien beläuft sich auf 48,6 Prozentpunkte, während er in der jüngsten Altersgruppe mit 19,7 Punkten nicht einmal halb so groß ist.

Abbildung 2: Zweitstimmenanteile der Union und der Grünen bei der Bundestagswahl 2013 nach dem Lebensalter der Wähler



Der Bundeswahlleiter (2014): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen (online abrufbar unter www. bundeswahlleiter.de); eigene Darstellung.

Wenn nun im Zuge der demografischen Entwicklung die Wählerschaft immer älter wird, liegen die Fragen auf der Hand: *Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die künftigen politischen Machtverhältnisse? Geht die Alterung des Elektorats mit einer strukturellen Mehrheit für die Unionsparteien einher? Und verlieren im Gegenzug die Grünen an politischem Gewicht?* Diese Fragen sollen im Rahmen dieses Berichts näher analysiert werden.

Generationen- vs. Lebenszykluseffekte

Blickt man nochmals auf Abbildung 2, so kann diese als Beleg eines *Lebenszykluseffekts* interpretiert werden. In diesem Sinne verändern sich mit zunehmendem Lebensalter – also im Lebenszyklus – Wertorientierungen und damit auch politische Orientierungen wie Parteibindungen und das individuelle Wahlverhalten. Konkret wird angenommen, dass mit fortschreitendem Lebenszyklus die Orientierung am Bewährten und Althergebrachten an Bedeutung gewinnt und daher auch konservative Parteien höhere Stimmenanteile realisieren. Zugespitzt formuliert kann diese „Konservatismushypothese" mit dem Bonmot überschrieben werden: „Wer mit 20 Jahren kein Sozialist ist, der hat kein Herz, wer es mit 40 Jahren noch ist, hat keinen Verstand."

Abbildung 2 ist aber auch mit einer völlig anderen Interpretation vereinbar: So können Unterschiede in den Stimmenanteilen die verschiedenen Prägungen und Sozialisationsbedingungen der jeweiligen Altersgruppen reflektieren und somit *Generationen- bzw. Kohorteneffekte* darstellen. Gemäß dieser Annahme bilden sich Parteibindungen im Zuge der Sozialisation aus und bleiben im Lebenszyklus weitgehend konstant. Die hohen Anteile an Unionswählern bei älteren Menschen könnten demnach bspw. auf eine starke Prägung dieser Generation durch die Adenauer-Ära zurückzuführen sein. Einmal an die Union gebunden behalten diese Personen ihre Parteipräferenz bis ins hohe Alter bei.

Welche der beiden Interpretationen trifft nun aber zu? Möchte man dies klären, so bedarf es an Informationen über das Wahlverhalten derselben Personen verschiedener Generationen über einen langen Zeitraum hinweg. Dann (und nur dann) lassen sich Generationen- und Lebenszykluseffekte sowie periodische Einflüsse voneinander separieren. Allein auf der Basis der altersspezifischen Ergebnisse einer einzigen Wahl (wie im Falle von Abbildung 2) sind Annahmen über die Gültigkeit einer der beiden Hypothesen hingegen nicht mehr als reine Spekulation.

Die Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (GSOEP)

Da aufgrund des Wahlgeheimnisses keine Informationen über die Wahlentscheidung ein und derselben Person für mehrere Wahlen vorliegen, muss auf Befragungsdaten zurückgegriffen werden, in denen die berichtete Wahlentscheidung, die Wahlabsicht oder ein äquivalentes Merkmal erhoben wird. Hierfür eignet sich das Sozio-ökonomische Panel (GSOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Das GSOEP wird seit 1984 auf jährlicher Basis erhoben. Dabei werden immer dieselben Personen befragt. In der ersten Erhebungswelle wurde zudem eine repräsentative Stichprobe der bundesdeutschen Bevölkerung realisiert, so dass die Befragungspersonen verschiedenen Geburtskohorten angehören.

Für die vorliegenden Analysen werden drei Geburtskohorten unterschieden. Die erste Kohorte umfasst die Geburtsjahrgänge 1930-1939. Diese Personen erlebten ihre politische Sozialisation in der Weimarer Republik sowie zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Die folgende Generation (1940-1954) ist in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs aufgewachsen, der eng mit der Union und ihren prägenden Gestalten Adenauer und Erhard verknüpft ist. Die jüngeren Personen dieser Kohorte erfuhren ihre politische Sozialisation hingegen in der Zeit der Studentenbewegungen. Schließlich wird eine dritte Kohorte betrachtet, deren Abgrenzung vornehmlich demografischen Aspekten geschuldet ist. Es handelt sich um die geburtenstarken Jahrgänge der 1955 bis 1969 Geborenen[2], die in den kommenden Jahren in die Lebensphase Alter übertreten und somit den demografischen Alterungsprozess entscheidend tragen. Für die vorliegende Analyse ist diese Kohorte von zentraler Bedeutung.

Die insgesamt 1.343 Personen, für die Befragungsergebnisse für alle Jahre von 1984 bis einschließlich 2012 vorliegen, verteilen sich wie in Tabelle 1 dargelegt:

Tabelle 1: Verteilung der Befragungspersonen auf die drei Geburtskohorten

Geburtskohorte	*Zahl der Befragungspersonen*	*Alter zu Beginn des Untersuchungszeitraums (1984)*	*Alter zum Ende des Untersuchungszeitraums (2012)*
Weimar & Zweiter Weltkrieg	319	45 bis 54 Jahre	73 bis 82 Jahre
Wirtschaftswunder & Studentenbewegung	563	30 bis 44 Jahre	58 bis 72 Jahre
geburtenstarke Jahrgänge	461	16 bis 29 Jahre	44 bis 57 Jahre

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Daten für die Jahre 1984-2012, Version 29, SOEP, 2013, doi:10.5684/soep.v29.

Wie bereits erwähnt ist gerade die Geburtskohorte „geburtenstarke Jahrgänge“ von besonderem Interesse, da diese im Wesentlichen für den demografischen Alterungsprozess, der in den nächsten zehn bis 20 Jahren massiv an Fahrt aufnimmt, verantwortlich ist. Aktuell (2014) befindet sich diese Kohorte im Alter zwischen 46 und 59 Jahren, während sie zum Zeitpunkt der ersten Befragung noch zwischen 16 und 29 Jahren alt war.

Die Parteipräferenz der Befragten wird über den deutschen Standardindikator der sogenannten *Parteiidentifikation* erfasst. Dieses in der Politikwissenschaft etablierte Konzept zielt auf eine Art „psychologische Parteimitgliedschaft“ (im Unterschied zur formalen Mitglied-

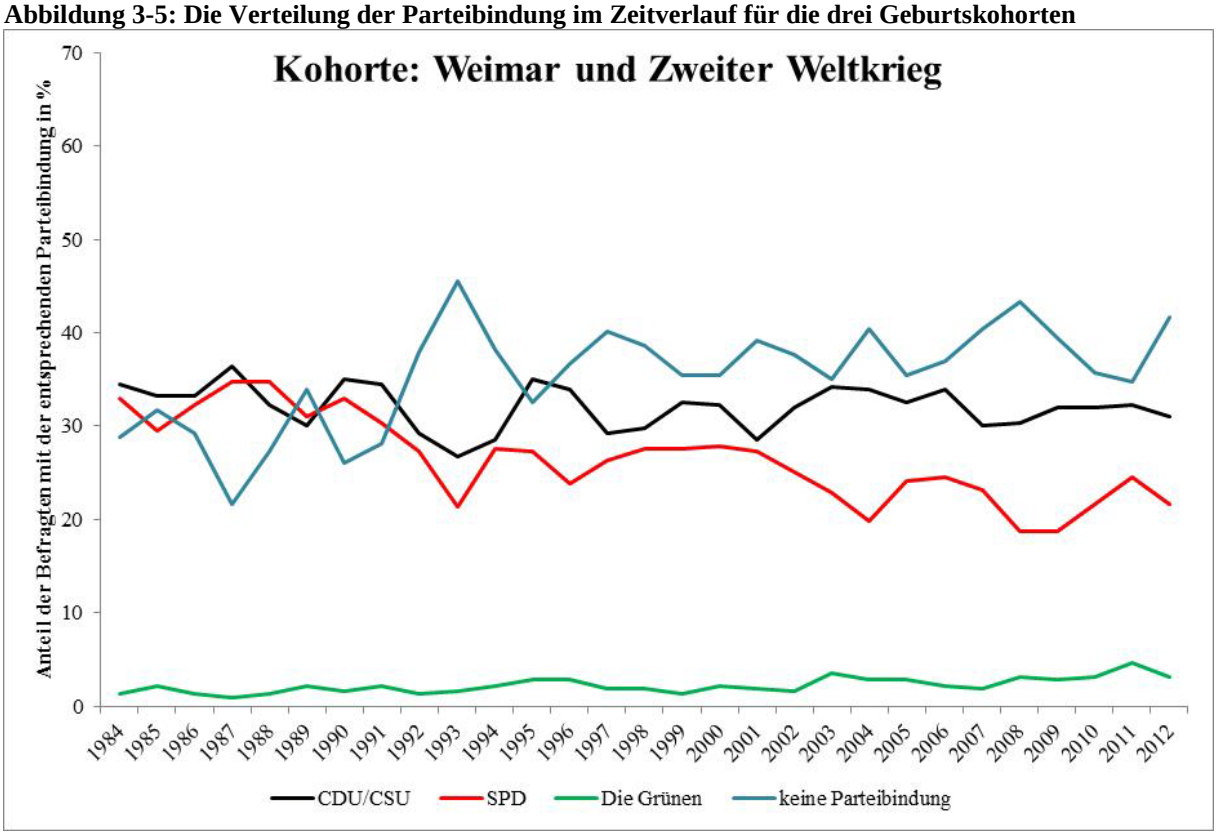
[2] Da das Mindestalter von Befragten im GSOEP 16 Jahre beträgt, ist die jüngste Person in den analysierten Daten zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Jahr 1968 (und nicht 1969) geboren.

schaft) ab und korreliert sehr hoch mit der individuellen Wahlabsicht.[3] Die konkrete Abfrage der Parteiidentifikation lautet: *„Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu?“* Gab die Befragungsperson an, über eine Parteibindung zu verfügen, so wurde sie im Anschluss gebeten, jene Partei zu benennen, mit der sie sich verbunden fühlt. Diese Information wird als Annäherung an die Wahlabsicht genutzt und auf ihrer Grundlage wird untersucht, ob Menschen ihre parteilichen Präferenzen im Lebenszyklus ändern und ob sich die drei Kohorten in der Struktur ihrer politischen Präferenzen unterscheiden.

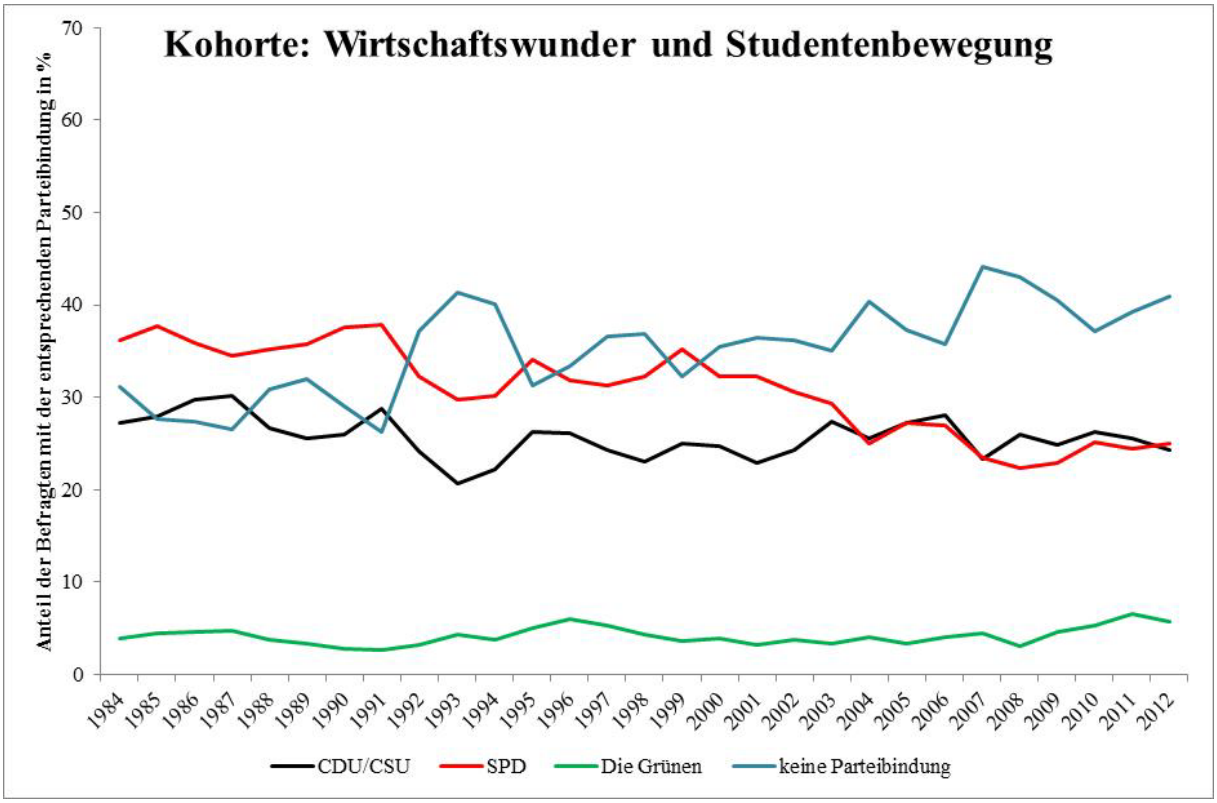
Analyse

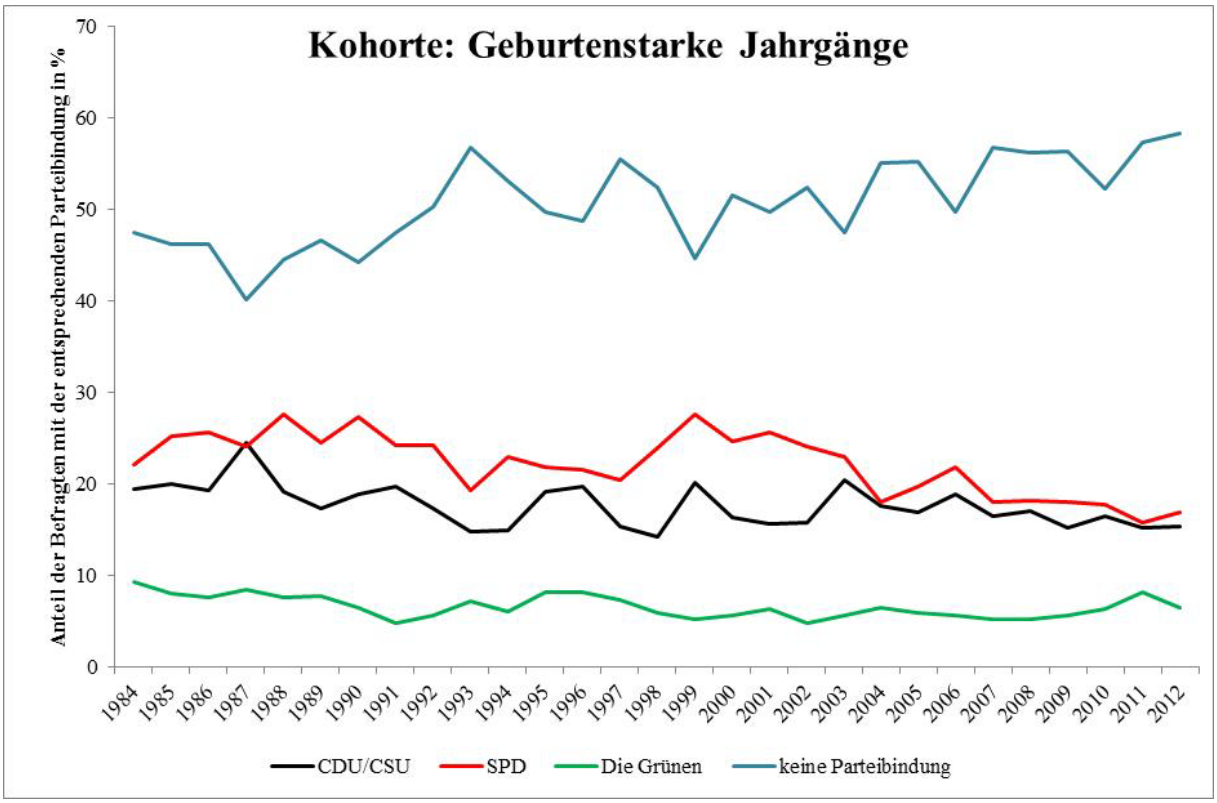
Die folgenden Abbildungen 3 bis 5 zeigen nun die Entwicklung der Anteile parteilich Gebundener als auch parteilich Ungebundener für die einzelnen Geburtskohorten im Zeitverlauf an.

Abbildung 3-5: Die Verteilung der Parteibindung im Zeitverlauf für die drei Geburtskohorten



[3] Zum Konzept der Parteiidentifikation siehe Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E. & Donald E. Stokes (1960): The American Voter. New York: Wiley. Zur Übertragbarkeit des Konzepts auf die Bundesrepublik siehe Falter, Jürgen W. (1977): Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf den deutschen Kontext übertragen? In: Politische Vierteljahresschrift 18, S. 476-500.





Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Daten für die Jahre 1984-2012, Version 29, SOEP, 2013, doi:10.5684/soep.v29; eigene Berechnung (ungewichtete Daten) und Darstellung.

Die Grafiken erlauben die Ableitung von insgesamt drei zentralen Aussagen: **Erstens** variieren zwar die Anteile an Befragten, die sich bspw. an die Union oder an die Grünen gebunden fühlen, innerhalb derselben Geburtskohorte von Erhebungsjahr zu Erhebungsjahr. Jedoch

ist im *langfristigen* Trend nicht zu erkennen, dass die Personen derselben Geburtskohorte im Zeitverlauf – d. h. mit zunehmendem Alter – stärker der Union zuneigen oder sich umgekehrt von den Grünen abwenden. Vielmehr erweisen sich die kohortenspezifischen Strukturen der Parteipräferenzen als weitgehend stabil. Blickt man bspw. auf die mittlere Geburtskohorte so streut zwar der Anteil derjenigen Befragten, die angeben, sich mit der Union verbunden zu fühlen, zwischen 20 und 30 Prozent. Die Werte zu Beginn und zum Ende des Untersuchungszeitraums liegen mit 27,2 und 24,3 Prozent jedoch sehr nahe beieinander. Von einem Lebenszykluseffekt kann somit nicht die Rede sein.[4]

Zweitens gibt es Unterschiede in der Struktur der Parteipräferenz *zwischen* den Geburtskohorten: So neigt die älteste Kohorte zu besonders hohen Anteilen den Unionsparteien zu. Die nachfolgenden Generationen weisen hingegen eine deutliche schwächere Bindung an die Christdemokraten auf. Nahezu spiegelbildlich verhält es sich mit den Grünen: Spielen diese in der ältesten Kohorte nahezu keine Rolle, so realisieren sie bei den geburtenstarken Jahrgängen immerhin einen mittleren Anteilswert von knapp sieben Prozent – und dies bei einer insgesamt wachsenden Distanz zu den politischen Parteien.[5] Diese strukturellen Unterschiede zwischen den Generationen (siehe Tabelle 2) sprechen insgesamt für eine kohortenspezifische Prägung des Wahlverhaltens und somit gegen die Erwartung, dass die Unionsparteien als der große Gewinner aus dem demografischen Alterungsprozess hervorgehen. Vielmehr scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein: Da in der Generationenfolge die Anteile der Unionsanhänger stetig abnehmen, gestalten sich die Vorzeichen für die CDU/CSU schlechter. Dies gilt insbesondere für die Zeit, in der die älteren Geburtskohorten nicht mehr leben. Umgekehrt begünstigt die veränderte Zusammensetzung des Elektorats im Zuge der Generationenfolge die Aussichten der Grünen.

Drittens beinhalten die Abbildungen zugleich eine insgesamt bedenkliche Botschaft: Nicht nur, dass sich im langfristigen Trend in *allen* Geburtskohorten der Anteil derjenigen Befragten, die sich nicht mit einer Partei verbunden fühlen, erhöht.[6] Auch in der Generatio-

[4] Bei der Interpretation ist jedoch zu beachten, dass hier lediglich Stabilität und Wandel von Parteibindungen auf der Aggregatebene, d. h. in der gesamten Kohorte, untersucht werden. Auf der Individualebene zeigt sich dagegen häufig, dass Befragte ihre Parteibindung mitunter auch kurzfristig wechseln oder ablegen, diese aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder „aufnehmen". Eine vollständige Stabilität der Bindung an ein und dieselbe politische Partei (CDU/CSU, SPD oder Grüne) über den vollständigen Untersuchungszeitraum zeigt sich, kohortenübergreifend, bei lediglich 121 Personen (9,0 Prozent).

[5] Zum Vergleich: Die FDP kommt in dieser Geburtskohorte auf Werte von maximal zwei Prozent.

[6] Dies dürfte weniger einem Lebenszykluseffekt als vielmehr periodischen Einflüssen geschuldet sein. Auch andere Indikatoren wie das Vertrauen in den Bundestag, die Opposition oder in die politischen Parteien insgesamt lassen für die letzten Jahrzehnte eine wachsende Distanz der Bürger gegenüber der Politik erkennen.

nenfolge geben mehr Personen an, keiner Partei zuzuneigen (vgl. Tabelle 2). Bei den geburtenstarken Jahrgängen sind dies zum Ende des Untersuchungszeitraums nahezu sechs von zehn Befragten, während über die gesamte Zeitspanne hinweg im Mittel rund die Hälfte der Studienteilnehmer aus dieser Kohorte äußern, mit keiner Partei zu sympathisieren. Dies ist problematisch, ist doch aus der einschlägigen Forschung bekannt, dass eine Parteibindung Merkmale begünstigt, die in einem demokratischen System gemeinhin als erwünscht gelten. Hierzu zählen das politische Interesse und das politische Wissen, aber auch die politische Partizipation – allen voran die Beteiligung an Wahlen.

Tabelle 2: Mittlere Anteile an Parteigebundenen und Ungebundenen in den drei Geburtskohorten

Geburtskohorte	*CDU/CSU*	*SPD*	*Grüne*	*keine Parteibindung*
Weimar & Zweiter Weltkrieg	32,1	26,5	2,2	35,4
Wirtschaftswunder & Studentenbewegung	25,7	30,8	4,2	35,2
geburtenstarke Jahrgänge	17,6	22,2	6,6	50,8

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Daten für die Jahre 1984-2012, Version 29, SOEP, 2013, doi:10.5684/soep.v29; eigene Berechnung (ungewichtete Daten) und Darstellung.
Ausgewiesen sind die über den Erhebungszeitraum gemittelten Anteilswerte; eigene Berechnung.

Bilanz

Der demografische Alterungsprozess, der in den nächsten Jahren durch den Übertritt der geburtenstarken Jahrgänge in die Lebensphase Alter an Fahrt aufnimmt, wird nicht in einer strukturellen Mehrheit für die Unionsparteien münden. Vielmehr kennzeichnet die Babyboomer-Generation eine starke Distanz zu den beiden großen Volksparteien und eine relative Nähe zu den Grünen. Diese erweisen sich womöglich als Profiteur der demografischen Entwicklung, verbessert sich ihre Ausgangsposition doch deutlich, wenn die älteren Geburtskohorten nicht mehr im Elektorat vertreten sind.

Allgemein lassen die geringe Bindungskraft der großen Volksparteien sowie der hohe Anteil an parteilich Ungebundenen in den geburtenstarken Jahrgängen erwarten, dass sich Wahlergebnisse im Zuge des demografischen Wandels als (noch) volatiler erweisen, kurzfristige Faktoren bei der Wahlentscheidung eine bedeutendere Rolle spielen und sich die Chancen neuer, nicht etablierter Parteien verbessern. Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass etwa rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien Zuwächse verzeichnen könnten: Die geburtenstarken Jahrgänge kennzeichnet ein insgesamt hoher Bildungsgrad, der die Anfälligkeit gegenüber rechtsextremen Gedankengut reduziert. Hingegen weisen die Babyboomer eine

starke Affinität für fortschrittliche, postmaterielle Themen wie Umweltschutz und Gleichberechtigung auf, was die hohe Sympathie dieser Kohorte für die Grünen erklärt.